

## Veranstaltungshinweis / Einladung

Öffentliche Veranstaltung zum Thema Altersarmut am 27. Februar

### **Was tun, wenn die Rente für die Miete nicht mehr reicht?**

Der Landes-Seniorenbeirat lädt zur Diskussion über einen wesentlichen Aspekt zunehmender Altersarmut ein: **Wird ein wachsender Anteil der älteren Menschen bei steigenden Mieten und sinkenden Renten künftig im Alter das Wohnen noch bezahlen können? Im Hamburg-Haus werden Experten von Sozial-, Mieter- und Grundeigentümerverbänden sowie der Behörde Position beziehen und Fragen beantworten.**

Es zeichnet sich ab, dass in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer mehr Senioren von Armut bedroht sein werden. Gegenwärtig erhalten in Hamburg ca. 12 Prozent von ihnen eine Rente unterhalb der Armutsgrenze. Der Anteil wird in Zukunft deutlich steigen, wenn vermehrt Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiteten und längere Zeit arbeitslos waren, ins Rentenalter kommen. Wie kann, ja, muss die Politik darauf reagieren? Wie entwickelt sich der Wohnungsmarkt? Und reichen die Hilfesysteme wie Grundsicherung und Wohngeld aus, damit betroffene Ältere nicht ihre angestammte Wohnung verlieren?

**Montag, 27. Februar 2012, 10 - 13 Uhr**

**Hamburg Haus Eimsbüttel, Doormannsweg 12 (Nähe U2 Emilienstraße)**

Auf der für jedermann offenen Seniorendelegierten-Versammlung diskutieren die folgenden Fachleute und stehen dem Publikum Rede und Antwort:

- Klaus Wicher, 1. Vorsitzender Sozialverband SoVD Hamburg
- Siegmund Chychla, stellv. Vorsitzender Mieterverein zu Hamburg
- Heinrich Stüven, Vorsitzender Grundeigentümerverband Hamburg
- Willi Rickert, Leiter des Amtes für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Der Journalist Jörn Strehler-Pohl hat die Moderation übernommen.

Inge Lüders, die Vorsitzende des Landes-Seniorenbeirates, wird die Veranstaltung eröffnen. „Hamburgs ehrenamtliche Seniorenvertretung wird verstärkt auf die großen Risiken wachsender Altersarmut hinweisen“, so Inge Lüders. „Beim brennenden Problem, wie die Mieten künftig bezahlbar bleiben, legen wir bewusst die Finger in die Wunde.“